Antrag B-26 Landesvorstand

Empfehlung der Antragskommission Annahme

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ob Klein, ob Groß – NRW muss im Bildungsbereich Chancengleichheit für alle erreichen

1 1. Bildungskatastrophe abwenden und eine Bildungsof-

2 fensive starten

3

Die Politik ist gefordert, die Rahmenbedingungen so zu
 gestalten, damit Beste Bildung für alle und Chancen gleichheit möglich ist. Bildung ist der Schlüssel zur Welt,
 sie macht uns zu kritikfähigen, mündigen und freien

8 Menschen und ist die Basis für soziale Teilhabe und ei-9 ne solidarische Gesellschaft. Bildung ist die Grundvor-

10 aussetzung für ein gutes und erfüllendes Leben, ein

11 Aufstiegsversprechen und das Fundament für die wirt-

schaftliche, soziale und kulturelle Zukunftsfähigkeit un-

13 serer Gesellschaft. Und sie kann nicht zuletzt auch die

14 Resilienz gegen demokratiegefährdende, populistische

15 Bewegungen stärken.

16 17

18

19

Dabei war uns immer bewusst, die soziale Herkunft darf nicht über die Bildungschancen der Menschen entscheiden. Jedes Kind ist gleich viel wert und keines darf im Bildungsprozess zurückgelassen werden.

202122

23

24

25

26

27

28 29

30

31

32 33

34

35

36

37

38

Die Corona-Pandemie, aber auch die jüngsten Ergebnisse des IQB-Bildungstrends und der IGLU-Studie zeigen uns unmissverständlich die Missstände unseres Schulsystems auf. Die betroffenen Kinder tragen diese (Leistungs-) Defizite als schwere Hypothek mit sich und werden enorme Probleme haben, ohne besondere Förderung diese Defizite auszugleichen. Der eklatante Lehrkräftemangel, dadurch bedingter Unterrichtsausfall, überfüllte Klassen, die Zunahme von psychosozialen Belastungssymptomen bei Schüler:innen und Lehrkräften, marode Schulgebäude, eine defizitäre digitale Infrastruktur und die chronische Unterfinanzierung unseres Bildungssystems sind wesentliche Ursachen für diese über Jahre dramatischer gewordene Situation. NRW befindet sich inmitten einer Bildungskatastrophe. Dies betrifft nicht alleine die schulische oder berufliche Bildung. Auch für den Bereich frühkindlicher Bildung lautet der Befund ähnlich.

39 40

Forderungen:

41 42 43

44

45

46 47 Wir müssen jetzt kurzfristig alle Kräfte und Ressourcen bündeln, um die Bildungskatastrophe zu bewältigen und unsere frühkindlichen Bildungsstrukturen und das Schulsystem langfristig für die Zukunft auf feste, sichere Beine zu stellen.

Bildung muss in unserem Land wieder absolute Priorität erfahren und ganz oben auf der politischen Handlungsagenda stehen. Wir brauchen einen breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens für eine nachhaltig wirksame Bildungsoffensive.

2. Frühkindliche Bildung

Die rund 10.000 Kitas in NRW leisten trotz enormen Fachkräftemangels eine hervorragende pädagogische Arbeit. Mit viel Engagement der Erzieher:innen sind sie das wesentliche Element der Kinderbetreuung und frühkindlichen Bildung in NRW. Dieses individuelle Recht des Kindes ermöglicht vielen Eltern erst die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Kitas in NRW sind jedoch massiv unterfinanziert. Das System der KiBiz-Kopfpauschalen führt zu einer unsicheren Finanzierungsbasis der Einrichtungen und fängt die tatsächlich anfallenden Kosten des Betriebes nicht auf.

 Auch die Kindertagespflege, die vor allem für Unterdreijährige eine wichtige Rolle bei der Erfüllung des Rechtsanspruchs spielt, ist vielerorts unterfinanziert. Um allen Kindern das individuelle Recht auf frühkindliche Bildung zu ermöglichen, müssen in Nordrhein-Westfalen insgesamt 100.000 zusätzliche Plätze geschaffen werden.

 Die Kitas und deren Träger stehen derzeit unter einem zusätzlichen Druck. Die infolge des Ukrainekrieges rasant gestiegenen Energiekosten und die aktuellen inflationsbedingten hohen Tarifabschlüsse belasten enorm das Budget der Träger.

Forderungen:

 Eine kurzfristige, umfassende Reform des KiBiz, die den Trägern durch eine Sockelfinanzierung Planungssicherheit gibt, Tarifsteigerungen frühzeitig abbildet und Qualitätsstandards für die frühkindliche Bildung und die zukunftsfeste Weiterentwicklung der Kita-Landschaft in NRW festlegt.

 Eine gesetzliche Verankerung der Alltagshelfer:innen im KiBiz, die deren Finanzierung dauerhaft sicherstellt, neue berufliche Perspektiven schafft und die Kitas spürbar entlastet.

 Die sofortige Abschaffung der Elternbeiträge und eine schrittweise Befreiung von den Kosten zur Frühstücks- und Mittagsverpflegung. Über einen gebührenfreien Zugang können alle Kinder ihr Recht auf Bildung wahrnehmen.

100.000 zusätzliche Betreuungsplätze zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf frühkindliche Bil-

101 dung.

102

103

104

105106

107 108

109

110

111

112113

117

130

131132133

134

135136

137138

139

140

141142

143

144

145

146

147 148

149

150

151

152

153

- Ohne eine Personaloffensive für mehr Erzieher:innen wird es nicht mehr funktionieren. Das setzt die Sicherstellung der Tarifbindung voraus, die den Beruf wertschätzt und insgesamt attraktiver macht. Dazu gehört, dass alle Formen der Ausbildung von Beginn an vergütet werden müssen und dass Aufstiegsmöglichkeiten bestehen.
- Ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung der Kitas und der Kindertagespflege bei der Bewältigung der gestiegenen Energiekosten und inflationsbedingten hohen Kosten für Lebensmittel etc.

114 3. Schulische Bildung

115 116 **a) Grund**

a) Grundschulen

Grundschulen legen das Fundament für den schulischen 118 Werdegang unserer Kinder und sind maßgeblich für ih-119 re individuelle Entwicklung verantwortlich. Grundschu-120 len sind echte Gesamtschulen im Sinne ihrer Inklusions-121 und Integrationsarbeit. Hier kommen alle Kinder, unab-122 123 hängig des Elternhauses, der Herkunft und des Wohn-124 ortes zusammen. Grundschulen stehen vor der Herausforderung gemeinsam mit Kommunen und Trägern den 125 126 Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz ab 2026 zu erfüllen. Mehr als 200.000 zusätzliche Plätze werden hier 127 benötigt. Das Land versäumt es bislang hier geeignete 128 Rahmenbedingungen zu schaffen. 129

Forderungen:

- Deutliche Aufstockung des Personals aller pädagogischen Berufe an Grundschulen in NRW, einschließlich der Lehrkräfte, der Schulsozialarbeiter:innen, der Sonderpädagog:innen und weiterem unterstützendem Fachpersonal, um eine optimale Betreuung und Bildung der Kinder sicherzustellen. Multiprofessionelle Teams sollen in ihrer Arbeit gestärkt werden.
- Die Einführung verbindlicher Grundschulbezirke in NRW, um Segregation zu verhindern und eine gleichmäßige Verteilung von Ressourcen und Bildungschancen im Sinne von mehr Chancengleichheit zu gewährleisten.
- Ein Qualitätsgesetz für den Ganztagsanspruch schnellstmöglich zu verabschieden, in dem Erwartungen an die personelle und räumliche Ausstattung des Ganztages geklärt werden und an dem sich die finanzielle Förderung des OGS-Ausbaus durch das Land orientiert.
- Eine Personaloffensive für den Ganztag eng verzahnt mit dem Bereich der frühkindliche Bildung

- aufzulegen, um die personellen Voraussetzungen 154 für den Rechtsanspruch zu schaffen. 155
- · Im Zuge des Ganztagsausbaus eine flächende-156 ckende Etablierung von Familiengrundschulzentren bis 2027 an allen Grundschulen im ganzen 158 Land, um gleiche und faire Bildungschancen für alle Kinder zu gewährleisten. Dies führt zum Abbau von Hürden und zur Bündelung von Förder-, Informations- und Hilfsangeboten an einem Ort. 162

163 164

b) Sekundarstufe I:

165 166

167

169

157

159

160 161

> Die Gestaltung des Übergangs von der Grundschule zur weiterführenden Schule und die Vielfalt der Schulformen spielen eine maßgebliche Rolle bei der Bildungsgerechtigkeit und der individuellen Förderung unserer Schüler:innen.

170 171

Forderungen:

172 173

174

175 176

177

178 179

180 181

182 183

184 185 186

187

188

- Schulformwechsel nur auf ausdrücklichem Wunsch der Eltern. Ein sogenanntes "Abschulen" nach unten lehnen wir ab.
- · Die Stärkung von Gesamtschulen und Sekundarschulen. Gesamtschulen und Sekundarschulen bieten eine integrative Lernumgebung, in der Schüler:innen mit unterschiedlichen Fähigkeiten gemeinsam lernen können.
- · Realschulen nur noch mit regulärem Hauptschulbildungsgang.
 - · Inklusion muss auch an Gymnasien aktiv stattfin-
 - Ermöglichen, dass Verbundschulen (Gymnasium/Gesamtschulen) gegründet werden können, um das Beste an Chancen wie Erfahrungen aus beiden Systemen zu bündeln.

189 190 191

c) Offensive gegen Lehrkräftemangel – Lehrämter attraktiv machen

192 193

195

199

201

202

Nach jüngsten Zahlen des Schulministeriums fehlen 194 an öffentlichen Schulen in NRW rund 6.700 Lehrkräfte. Mehr als ein Drittel der fehlenden Stellen betreffen da-196 bei Grundschulen. Außerdem werden bis zum Jahr 2030 197 zwei Drittel der erforderlichen MINT-Lehrkräfte nicht 198 zur Verfügung stehen. Vor dem Hintergrund einer wachsenden Anzahl von Schüler:innen im NRW-Schulsystem 200 werden sich die Folgen des Lehrkräftemangels ohne einer Vielzahl effektiver Gegenmaßnahmen weiter verschärfen.

203 204

Forderungen:

205 206

- Eine Ausbau-Offensive von Studienplätzen für die
 Lehrämter, Sonder- und Sozialpädagogik, die eine Prüfung der aktuellen Zugangsvoraussetzungen mit einschließt.
 - Die stärkere Einbeziehung der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in die Lehrkräfteausbildung, insbesondere im MINT-Bereich.
 - Ein landesweites Monitoring der Lehramtsstudienplätze als zusätzliche Unterstützung, bedarfsgerecht Studienplätze anzupassen.
 - Eine Vereinfachung und Attraktivitätssteigerung des Seiteneinstieg über alle Schulformen.
 - Eine systematische Fortbildungsstrategie und ein Mentoring-Programm für Lehrkräfte aufzusetzen.
 - Die Gewinnung von mehr Lehrkräften für Schulen in herausfordernden Quartieren durch den zusätzlichen Einsatz eines Listenverfahrens und durch deutlich erhöhte Zulagen.
 - Durch Zahlung von Zulagen für Dienst in dauerhaft unterbesetzten Schulen.
 - Flexible Arbeitsmodelle für Lehrkräfte, insbesondere Teilzeitbeschäftigungen, zu erhalten. Keine Versetzungen wider Willen.

d) Praxisorientierte Bildung intensivieren

Schulen müssen Übergänge in eine akademische und berufliche Ausbildung gleichermaßen ermöglichen und früh vorbereiten. Angesichts des allgemeinen Fachkräftemangels brauchen wir eine stärkere praxisorientierte schulische Bildung unabhängig der Schulform.

Forderung:

211212

213214

215 216

217

218 219

220

221

223224

225226

227 228

229

230

231232

233234

235236

237238239

240

241

242

243244

245

246 247

248

249 250 Bessere Vorbereitung der Übergänge in handwerkliche und akademische Berufslaufbahnen an allen Schulformen, d.h. mehr praktische Unterrichtsinhalte in der Sekundarstufe I und die starken Angebote der Berufsorientierung an den Berufskollegs bereits in die Sekundarstufe I zu verlagern.

e) Sozialindex und Bildungsfinanzierung allgemein

Gute Bildung braucht eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung. Der NRW-Schuletat stieg in 2023 nur
unterdurchschnittlich im Vergleich zur Steigerungsrate des Gesamthaushaltes. Bei seinen Schulausgaben ist
NRW mit seinen Pro-Kopf-Ausgaben von 7.500 Euro in
Relation der Bundesländer eines der Schlusslichter. Im
OECD-Vergleich liegt auch die Bundesrepublik mit 30
Milliarden Euro unter dem Durchschnitt der Bildungsausgaben der anderen Länder.

- 260 Von den mehr als 5000 öffentlichen Schulen in NRW ha-
- 261 ben über die Hälfte einen erhöhten, akuten Sanierungs-
- 262 bedarf. Es darf nicht sein, dass die Finanzkraft einer Kom-
- 263 mune Auswirkungen auf die Bildungschancen unserer
- 264 Kinder hat. Bildungsgerechtigkeit darf sich nicht nach
- 265 der Postleitzahl entscheiden.
- 266 Schule ist zudem in den letzten Jahren neben der Ver-
- 267 mittlung von Wissen immer mehr zu einem sozia-
- 268 len Lebensraum geworden. Schulsozialarbeit, Inklusion,
- 269 Digitalisierung, OGS-Ausbau, und jüngst die Corona-
- 270 Pandemie und die Integration von Flüchtlingskindern
- 271 sind Aufgaben, die die Schulen bewältigen müssen. Al-
- 272 lerdings ist die Systematik unserer Bildungsfinanzie-
- 273 rung den wachsenden Aufgaben nicht gefolgt.

274275

Forderungen:

276277

278 279

280 281

282

283

284 285

286 287

288 289

290 291

292

293

294 295

296 297

298

299

300 301

302

303

304

305

306 307

308

309

310

311

312

- Einen stetigen bedarfsgerechten Zuwachs der Haushaltsmittel für Bildungsausgaben. Sie müssen jährlich mindestens so steigen, wie insgesamt der Landeshaushalt wächst. Eine unterproportionale Steigerungsrate ist angesichts der vielfältigen Herausforderungen, denen sich unser Bil-
- Ein schuleigenes Budget (wie das Fortbildungsbudget), um z.B. mit allen Kinder, auch mit denen, deren Eltern dies nicht finanziell tragen können, außerschulische Lernorte besuchen zu können.

dungssystem gegenübersieht, nicht akzeptabel.

- Ein Sofortprogramm des Landes zur Behebung des Investitionsrückstandes an unseres Schulen bis 2030 in Höhe von 30 Milliarden Euro. Damit muss jenen finanzschwachen Kommunen geholfen werden, die aus eigenen Mitteln die Erneuerung ihrer schulischen Infrastruktur nicht leisten können.
- Einen New Deal in der Bildungsfinanzierung, der die Kompetenz- und Verantwortungsverflechtungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen transparenter gestaltet und insgesamt eine effizientere und zielgenauere Steuerung der Bildungsausgaben ermöglicht. Das Land NRW muss eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, damit der Bund und die Länder dazu in Gespräche treten. In einem ersten Schritt jedoch muss die Finanzierungssystematik zwischen Land und Kommunen in NRW in Fragen der Bildungsfinanzierung auf den Prüfstand.
- Eine Nachbesserung des Sozialindexes, sowohl finanziell als auch in seiner Lenkungswirkung, um die Mittel bedarfsgerecht zu steuern. So kann Bildungsgerechtigkeit vorangebracht werden, indem zusätzliche Mittel sowie mehr Lehr- und multiprofessionelle Fachkräfte für zusätzlichen Unterstüt-

313	zungsbedarf dorthin gehen, wo sie infolge des so-
314	zioökomischen Kontextes am ehesten gebraucht
315	werden. Die Schulen der Standortstufen 4-9 müs-
316	sen dabei mindestens mit 20% mehr Personal aus-
317	gestattet werden.